21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Wortprotokoll
der 21. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Berlin, den 23. September 2026, 17:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E 700

Vorsitz: Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Fachgespräch zum Thema **„Zukunft der Arbeit“** (Schwerpunkt KI) mit den Sachverständigen **Dr. Andreas Ogrinz** und **Thorsten Pinkepank**

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 17**

Beratung des Aktionsplans „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“ (Kabinettbeschluss vorgesehen für den 30. September 2026)

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 23**

Verschiedenes

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Liste der Sachverständigen:

Dr. Andreas Ogrinz
Geschäftsführer Fachkräfte, Innovation, Europa, Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.

Thorsten Pinkepank
Head Sustainability Relations, BASF SE, Ludwigshafen

Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
CDU/CSU	Beek, Sascha van Bosbach, Caroline Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Weiss, Dr. Maria-Lena Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Aeikens, Anna Bilic, Florian Lenz, Dr. Andreas Mack, Klaus Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang
AfD	Birghan, Dr. Christoph Groß, Rainer Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer	Martel, Johann Pauli, Denis Rentzsch, Matthias Schmidt, Dr. Paul
SPD	Abdi, Sanae Bollmann, Hendrik Kreiser, Dunja Michel, Kathrin	Kleebank, Helmut Zierke, Stefan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lübcke, Dr. Andrea Wagner, Johannes	Vriesema, Mayra Wagener, Niklas
Die Linke	Fahl, Dr. Fabian Hermeier, Mareike	Bock, Violetta

Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zum Thema „Zukunft der Arbeit“ (Schwerpunkt KI) mit den Sachverständigen Dr. Andreas Ogrinz und Thorsten Pinkepank

dazu verteilt:
PowerPoint-Präsentation
Ausschussdrucksache 21(26)58

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich eröffne die öffentliche Sitzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen. Es ist die 21. Sitzung. Sie ist öffentlich und wird – jedenfalls während unseres Fachgesprächs – aufgezeichnet. Ich begrüße Sie alle, vor allem unsere beiden Sachverständigen, Herrn Dr. Andreas Ogrinz und Herrn Thorsten Pinkepank. Herr Dr. Ogrinz ist Geschäftsführer Fachkräfte, Innovation und Europa beim Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V. (BAVC) und Mitautor der Studie „Chemie-Arbeitswelten 2030“ des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie. Herr Pinkepank ist Head Sustainability Relations der BASF SE. Er ist außerdem Vorsitzender des UN Global Compact Netzwerks Deutschland, hat verschiedene Positionen in Nachhaltigkeitsnetzwerken inne und ist Mitglied des Vorstands der Global Battery Alliance.

Der Nachhaltigkeitsbeirat ist in der glücklichen Lage, sich die Themen aussuchen zu können, die ihm wichtig erscheinen. Die Zukunft der Arbeit halten wir angesichts der Herausforderungen, mit denen Arbeit und Wirtschaft konfrontiert sind, derzeit für besonders wichtig. Uns geht es im Industrieland Deutschland darum zu schauen: Wo kann ein guter Weg verlaufen, worauf müssen wir uns einstellen, und wie schaffen wir es, ein Industrieland mit guten Arbeitsplätzen zu bleiben? Sie stehen für eine besonders große und relevante Branche. Ich komme aus dem Rheinland. Dort gibt es entlang der Rheinschiene einige große Vertreter der Chemiebranche, die zum Wohlstand des Landes beigetragen haben und nun vor der Aufgabe stehen, die Transformation zu bewältigen. Sie können weitgehend als gesetzt voraussetzen, dass wir das alle unterstützen. Dabei müssen wir verschiedene Dinge zusammenbringen, und darüber wollen wir heute sprechen. Sie haben sich abgesprochen, dass Herr Pinkepank beginnt. Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Thorsten Pinkepank** (BASF SE): Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des Bundestages, zunächst herzlichen Dank für die Einladung. Sie haben – das sehen wir gerade – ein sehr aktuelles und relevantes Thema ausgewählt. Kurz zu meiner Rolle: Wie Sie bereits erwähnt haben, spreche ich nicht nur aus Sicht der BASF, sondern auch aus Sicht des UN Global Compact und von „econsense“. Ich habe mich mit Kollegen aus anderen Unternehmen, aus Nichtregierungsorganisationen und aus der Politik zu dieser Thematik ausgetauscht. Was ich sage, ist deshalb nicht notwendigerweise die Position der BASF, sondern eher der Blick der Wirtschaft auf das Thema. Herr Dr. Ogrinz wird das Thema Arbeit anschließend vertiefen. Ich werde versuchen, den Bezug zum Thema Ihres Beirats, der nachhaltigen Entwicklung, herzustellen. In der anschließenden Diskussion können wir dann einige Detailfragen vertiefen.

Dass das Thema KI (künstliche Intelligenz) und Arbeit sowie KI und Nachhaltigkeit relevant ist, brauchen wir – glaube ich – nicht zu hinterfragen. Betrachtet man die Nachhaltigkeit, sind alle ihre Dimensionen – Ökonomie, Ökologie und das Soziale, das wir heute vertiefen wollen – von KI betroffen. Zur Ökonomie: Wie Sie erwähnt haben, befinden wir uns in der Wirtschaft, zumal in der Chemie, in einer schwierigen, nicht nur konjunkturellen, sondern strukturellen Lage. Deshalb ist die grüne Transformation entscheidend für unseren Erfolg, und dabei spielt die Wettbewerbsfähigkeit eine große Rolle. Das Thema heute ist jedoch nicht die grüne Transformation, sondern KI und Arbeit.

Betrachtet man die anderen Nachhaltigkeitsdimensionen, kennen Sie alle die Abkürzung „ESG“ (Environmental, Social, Governance). Neben der Ökonomie haben wir also das Thema Governance. Erst vor wenigen Stunden wurde in New York darüber diskutiert. Was wir dort gehört haben, sind hoffentlich ermutigende Zeichen für die globale Governance von KI, und das ist auch notwendig. Wir sehen zudem den Bereich E, also Umwelt. KI kann – dazu kann ich nachher ein Beispiel bringen – sehr dabei helfen, Energieeffizienz besser zu organisieren und Ressourcen besser einzusetzen. Wir wissen aber auch, dass KI zunehmend selbst einen Fußabdruck

im Bereich Energie und Wasser hat. Nicht zuletzt – und das ist heute Gegenstand unserer Diskussion – gibt es das „S“ von ESG, das Soziale. KI hat Einfluss auf soziale Themen wie Beschäftigung, Bildung und menschenrechtliche Aspekte, und umgekehrt.

Wenn ich mir die Studien und die Diskussionen in den verschiedenen Netzwerken zu KI anschaue, ist – glaube ich – ein Thema zentral, das so nicht ausgesprochen wird, aber für viele Debatten grundlegend ist: das Thema Vertrauen. Inwieweit vertrauen wir KI? Das betrifft zwei Ebenen. Zum einen die gesellschaftliche Ebene: Ich sehe, dass sich in der Europäischen Union und auch in Deutschland eine starke Skepsis entwickelt. In Amerika gibt es bereits eine Art KI-Gegenbewegung mit Demonstrationen und Protesten gegen die zugegebenermaßen riesigen Rechenzentren. Zum anderen habe ich mich mit Vertretern anderer Unternehmen ausgetauscht, und zwar zu meiner Überraschung nicht unbedingt aus der Industrie, sondern eher aus dem Dienstleistungsbereich. Sie berichteten, dass in ihren Belegschaften etwa 10, 15, manchmal 20 Prozent der Mitarbeiter sehr enthusiastisch sind, KI sehr positiv und als große Chance sehen und sie selbst stark vorantreiben. Dann gibt es – vielleicht ist das eine Normalverteilung – einen großen Mittelbau von etwa 50, 60 Prozent, die sagen: „Das ist alles spannend, aber ich frage mich, ob ich davon nicht überfordert werde. Was bedeutet das für mich?“ Den Rest können Sie sich selbst ausrechnen: Es gibt diejenigen, die KI ablehnend und eher problematisch sehen und eine Aversion bis hin zur Sabotage entwickeln, wie mir berichtet wurde.

Deshalb spreche ich das Thema Vertrauen an. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir KI gerade mit Blick auf die Arbeit so regeln und gestalten, dass wir sie erfolgreich umsetzen. Das heißt vor allem, dass wir die Nutzung und die positiven Aspekte fördern, sie aber nicht mit Regeln belegen – „AI-Plating“, wenn Sie so wollen –, die uns wiederum mehr Kosten bringen, die Bürokratie erhöhen und das Thema sowie seine Chancen dämpfen. Diese beiden Aspekte müssen wir in Einklang bringen. Das ist nicht leicht, und ich habe auch keine Lösung dafür. Wir sind zwar Sachverständige, können aber – glaube ich – nicht sagen, dass Herr Dr. Ogrinz und ich genau wüssten, wie es geht.

Noch einige Worte zum Stand der Dinge bei der Nutzung von KI: Mehr als die Hälfte bis zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland setzen KI bereits intensiv ein und erhoffen sich davon Produktivitätsfortschritte. Diese sind auch erkennbar. Man kann sagen, dass KI positive Auswirkungen auf die Produktivität hat. Herr Dr. Ogrinz wird das noch vertiefen. KI ist aber nicht der alleinige Katalysator – KI gleich Produktivität, das ist viel zu kurz gesprungen. Es kommt auf verschiedene Faktoren an, auf die Herr Dr. Ogrinz eingehen wird.

Zentral ist immer wieder die Frage, wie sich KI auf die Beschäftigung auswirkt. Alle bisherigen Erfahrungen und Studien geben – ich will nicht sagen – Entwarnung, aber es ist nicht so, dass KI mit einem „Jobkiller“ gleichzusetzen ist. Wir sehen eher eine stabile Situation, in der sich Jobverluste und Jobzugewinne derzeit aufheben beziehungsweise in der die KI-Nutzung bislang nicht zu großem Arbeitsplatzabbau geführt hat. Die Stichworte sind also: Beschäftigung stabil, Nutzung sehr hoch, Produktivität sicherlich positiv, aber nicht allein durch KI.

Ein letzter Punkt, gerade aus Sicht des Global Compact: Wir sehen bei KI auch Risiken hinsichtlich menschenrechtlicher Aspekte. Wir müssen darauf achten, dass es durch Zweckentfremdung nicht zu unbilliger Überwachung kommt. Das Design von KI-Lösungen sollte stets in Abstimmung mit Arbeitnehmern und Arbeitnehmervertretungen erfolgen. Gerade der BAVC ist da sehr aktiv. Wir haben eine Plattform zur Nachhaltigkeit, die sich „Chemie³“ nennt, eine Zusammenarbeit von BAVC, VCI (Verband der Chemischen Industrie) und IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie). Dort hatten wir kürzlich ein Seminar zum Thema „soziale Nutzung von KI“. Zudem sollten wir darauf achten, dass es keine Diskriminierung durch KI gibt. Sie alle kennen Beispiele dafür. Das sind Aspekte der menschenrechtlichen und damit der sozialen Dimension.

Ich glaube, das ist als Einstieg ausreichend. Wir können vieles sicherlich vertiefen. Das war der Zusammenhang. Viele SDGs (Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung) müssen wir – darüber haben wir im Vorgespräch gesprochen, Herr Abg. van Beek – weiterdenken. Die SDGs laufen in wenigen Jahren –

das muss man heutzutage aus politischer Sicht so sagen – ab. Sie dürfen nicht ablaufen. Viele SDGs haben zudem einen klaren Bezug zu KI, etwa in der wirtschaftlichen Dimension mit menschenwürdiger Arbeit, Wirtschaftswachstum und Innovation. Darauf müssen wir – glaube ich – stärker achten. Die SDGs berücksichtigen KI bislang nicht, und das sollten wir ändern.

Was bedeutet das nun für die Rahmenbedingungen und Leitplanken? Wir brauchen vor allem Qualifizierung. Ihr Thema heute lautet „KI und Zukunft der Arbeit“. Man könnte es auch mit „Zukunft der Bildung“ gleichsetzen. KI ist aus meiner Sicht vor allem ein Bildungsthema. Ob schulische Bildung, Universität oder Weiterbildung – wir müssen sehr viel investieren und vielleicht auch umdenken. Die Transformation geschieht also durch eine Transformation der Bildung. Dazu ist KI ein klarer Aufruf. Wir müssen die Beteiligung stärken, und zwar im Zusammenspiel von Arbeitnehmern, Arbeitgebern, ihren Vertretern und der Politik. Zur Governance, mein letzter Satz: Wir müssen Regeln schaffen, die das Vertrauen in KI und ihre Nutzung fördern, ohne weitere Belastungen für die Wirtschaft darzustellen. Damit schließe ich den Kreis zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Vorsitzende: Wir dürfen die strukturellen Probleme nicht durch wenig hilfreiche Regeln vergrößern. Die Regeln müssen uns Orientierung geben, sollten uns aber nicht bremsen. Das war mein Einstieg. Herr Dr. Ogrinz wird das zum Thema „Zukunft der Arbeit“ vertiefen.

Sachverständiger **Dr. Andreas Ogrinz** (Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.): Gerne schließe ich nahtlos an. Vielen Dank für die Einladung, Frau Vorsitzende, und Dank an den gesamten Kreis. Dank auch an Herrn Pinkepank für seine Ausführungen und die Inhalte, die er gesetzt hat. Wir kennen uns in der Tat aus einer gemeinsamen Nachhaltigkeitsinitiative, für die wir an dieser Stelle gerne noch einmal werben: „Chemie³“. Die BASF kennen viele, den BAVC wahrscheinlich weniger von Ihnen. Daher kurz: Wir sind der tarif- und sozialpolitische Spitzenverband der Chemie- und Pharmabranche in Deutschland und vertreten ungefähr 1 700 Mitgliedsunternehmen. Die BASF, Bayer, Covestro und ähnliche Unternehmen kennt man, wir vertreten aber auch viele kleine und mittlere Unternehmen. Herr Pinkepank hat es angedeutet: Wir sind dafür bekannt, dass man uns nicht kennt, weil in unserer Branche nicht gestreikt wird. Die Sozialpartnerschaft ist ein Markenzeichen unserer Branche, und das halten wir gerade in diesen Zeiten politisch hoch.

Was erwartet Sie in diesen wenigen Minuten? Ich möchte etwas zur Transformation und zur Krise sagen, in der die Branche steckt. Ich möchte betonen, dass KI ein sehr wichtiger Entwicklungstreiber für die Arbeitswelt ist, aber nicht der einzige. Wichtig ist mir zudem, auf das aufmerksam zu machen, was wir „Fachkräfteparadox“ nennen: Wir haben gleichzeitig Stellenabbau und Engpässe. Das ist schwierig, aber es ist so. Heraushelfen können uns vielleicht „Future Skills“ – ein schillernder Begriff, bei dem es um die Kompetenzen der Zukunft geht. Dazu möchte ich einiges sagen und auch auf das Kernthema KI eingehen.

Wir haben vor einigen Jahren eine Studie veröffentlicht, die Sie genannt haben und deren Mitautor ich bin: „Chemie-Arbeitswelten 2030“. Wir haben damals in Szenarien gedacht, und ich muss Ihnen mitteilen, dass wir leider im schlimmsten Szenario gelandet sind. Es hieß damals „Rückschritt“, und genau dort stecken wir. Wir haben als Gesamtbranche innerhalb nur eines Jahres 2,4 Prozent der Beschäftigung verloren. Das ist viel. Es fügt sich in die allgemeine Tendenz in der Industrie ein, wie Sie wissen. Rechnet man die Pharmazie heraus, sind es im reinen Chemiebereich sogar minus 3,4 Prozent.

Wie angedeutet, beeinflusst derzeit mehr als nur KI die Arbeitswelt in unserer Branche massiv. Da ist erstens das Thema Nachhaltigkeit, das diesem Kreis den Namen gibt. Es ist nicht verschwunden. Dabei schwingen Themen wie Dekarbonisierung, Berichterstattung, Lieferketten und Kreislaufwirtschaft mit. Es ist weiterhin eines der Topthemen, das uns als Branche auch in der Arbeitswelt beeinflusst. Zweitens die Digitalisierung beziehungsweise KI, auf die ich gleich zu sprechen komme. Drittens haben wir das große Thema Energie und Rohstoffe, und zwar sowohl hinsichtlich der Verfügbarkeit als auch der Kosten. Diese sind, kurz gesagt, derzeit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Branche viel zu hoch. Viertens sind wir nicht unbeeinträchtigt von dem, was sich derzeit geopolitisch in der Welt

abspielt. Wir sind eine global ausgerichtete Branche – die BASF beispielsweise auch –, und das hat großen Einfluss. Fünftens schließlich die Demografie – ein altes Thema, aber nach wie vor brandaktuell. Sie schlägt derzeit in unseren Belegschaften durch. Die Alterung findet statt, und gleichzeitig verändert sich auch der Arbeitsmarkt demografisch derzeit sehr stark.

Den Begriff „Fachkräfteparadox“ wollte ich Ihnen nicht ersparen. Er klingt sperrig, trifft aber eine Wirklichkeit. Auf der einen Seite haben wir – Sie sehen es links – massiven Stellenabbau infolge von Umstrukturierungen. Auf der anderen Seite gibt es Bereiche, in denen wir händeringend Menschen suchen, beispielsweise in der Produktion, aber auch in der Technik und der Instandhaltung. Dort gibt es Stellen, die wir nicht besetzen können. Mit dieser Paradoxie müssen wir und zumal die Personaler umgehen.

Wenn wir auf die Future Skills schauen, also darauf, was wir künftig können müssen, um als Branche wettbewerbsfähig zu sein, kann ich Ihnen von einer neuen Studie des Fraunhofer-Instituts berichten. Sie besagt im Wesentlichen, dass alle Kompetenzen, die mit Technik zu tun haben, die branchenspezifisch sind und die mit Daten zu tun haben, besonders im Kommen sind. Sie werden besonders stark nachgefragt und entscheiden über die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Daneben gewinnen auch die sogenannten überfachlichen Kompetenzen derzeit stark an Bedeutung. Dazu zählen Teamfähigkeit, Kreativität und Kommunikationsfähigkeit. Sie werden manchmal auch „Soft Skills“ genannt, sind aber nicht „soft“. Drittens wird es immer wichtiger, vorhandenes Wissen auf neue Situationen zu übertragen. Das heißt, Lernfähigkeit und Selbstorganisation werden wichtiger, und auch die Urteilskraft – ich mag diesen kantischen Begriff – ist eine Kompetenz, die zukunftsfähig macht.

Kurz zu unserer Branche, in die wir bei diesem Thema auch speziell hineinzoomen: Gemeinsam mit der Gewerkschaft IG BCE – das haben wir sogar im Tarifvertrag festgeschrieben – erstellen wir gerade einen neuen „Future Skills Report Chemie“. Er deckt sich im Wesentlichen mit den Aussagen der soeben vorgestellten Fraunhofer-Studie. Spannend für uns und ermutigend in diesen Zeiten ist, dass wir als Chemie- und Pharmastandort Deutschland beim Thema Nachhaltigkeit gut dastehen. Der Personalbereich investiert derzeit viel in nachhaltigkeitsbezogene Kompetenzen, beispielsweise in Zirkularität. Das gibt Hoffnung und ist zukunftsfähig. Nachhaltigkeit gewinnt derzeit in allen Berufen an Bedeutung. Auch das war ein wichtiges Ergebnis dieser Studie.

Herr Pinkepank hat es angedeutet: Die Durchdringung mit KI nimmt zu. Das sieht man in der linken Grafik: 54,5 Prozent nach den Zahlen, die ich gefunden habe. In der Industrie ist der Anteil sogar noch höher, etwa 58, 59 Prozent. Spannend ist auch – wenn Sie auf die rechte Grafik schauen –, dass sich die Stellenausschreibungen verändern. Der Anteil der Stellenausschreibungen mit KI-Bezug nimmt über die Jahre zu. Das heißt, Unternehmen suchen tendenziell immer stärker nach KI-Kompetenzen und schreiben das auch bereits in ihre Stellenausschreibungen. KI wirkt insgesamt beschleunigend: auf die Organisation, also auf das Unternehmen, auf alles, was mit Kompetenzen zu tun hat, und auf die Aufgaben.

Interessant ist das Thema Routineaufgaben beim Berufseinstieg. Uns wird berichtet, und Studien weisen bereits darauf hin, dass Unternehmen zögern, Berufseinsteiger überhaupt einzustellen, und Aufgaben tendenziell an die KI delegieren. Wenn wir nicht aufpassen, kann das dazu führen, dass wir als Unternehmen unsere eigene Nachwuchspipeline ausdünnen. Die Frage ist noch ungeklärt, steht aber deutlich im Raum. Spannend ist auch, was eine US-Studie mit über 9 Millionen Stellenausschreibungen zeigt: Unternehmen sind derzeit zögerlich bei Einstellungen für KI-exponierte Jobs, also für Jobs, deren Tätigkeiten relativ leicht ersetzt werden können, beispielsweise alles, was mit Texten oder Bildern zu tun hat. Eine zweite interessante Erkenntnis dieser Studie ist, dass die Berufsbezeichnungen, also die Oberfläche, gleich bleiben, sich die Aufgaben aber KI-bedingt derzeit stark ändern. Man nimmt den Wandel also nicht direkt wahr, weil die Berufe gleich klingen und gleich genannt werden. Gerade in Deutschland ist die Beruflichkeit ein wichtiges Konzept in der Politik und in unserer Arbeitsgestaltung, die Aufgaben darunter ändern sich aber derzeit stark. Es gibt zudem Belege dafür, dass in der Industrie derzeit der – ich nenne es einmal so – Monotonieanteil, also die Routinetätigkeiten, deutlich zurückgeht. Das ist positiv.

Sehr wichtig ist mir das Thema Produktivität, das

auch Herr Pinkepank angesprochen hat. KI ist per se kein Produktivitätsbooster. KI muss in einem systemischen Zusammenhang gedacht werden. Es kommt auf die Arbeitsabläufe an, auf Verantwortlichkeiten, auf das Thema Führung, auf gute Daten – schlechte Daten sind nicht gut – und auf Qualifizierung. Ohne qualifizierte Beschäftigte nützt Ihnen KI für die Produktivität nichts. Wichtig ist auch: Wir nehmen aus den Studien und den Gesprächen mit den Unternehmen wahr, dass wir derzeit Komplementarität haben. Das heißt, KI ersetzt Arbeit nicht, sondern ergänzt sie. Das finde ich eine sehr wichtige, auch politische Botschaft nach außen. Aufgaben werden substituiert, sie fallen weg. Meinetwegen kann man von „Aufgabenkiller KI“ sprechen, aber nicht von „Jobkiller“. Das ist nicht der Fall.

Interessant ist auch der letzte Punkt unten: Eine dänische Studie hat gezeigt, dass die Zeitersparnis durch den Einsatz von KI relativ bescheiden ist. Die Zahl ist nicht gerade beeindruckend. Das liegt daran, dass KI selbst Aufgaben schafft. Sie müssen beispielsweise viel mehr auf Plausibilität prüfen, und es werden andere Arbeitsprozesse ausgelöst. KI ist also, wie Sie sehen, nicht per se eine Zeitersparnis.

Ich zoome noch einmal kurz in unsere Branche hinein, weil wir für die Chemie- und Pharmabranche hier sind, und habe Ihnen zwei unserer prominenten Berufe mitgebracht. Zum einen den wichtigsten Produktionsberuf, den Chemikanten beziehungsweise Pharmakanten. Ich möchte Ihnen mitgeben, dass KI dessen Tätigkeiten derzeit massiv verändert. Bei der BASF wird das ebenfalls genutzt. Unsere Branche ist jedoch sicherheitsrelevant, wir arbeiten viel mit Gefahrgütern. Deshalb ist das Erfahrungswissen an der Anlage, das über Jahre wächst, wichtig. Analoges gilt für den Laborbereich mit unserem wichtigsten Beruf, dem Chemielaboranten. Auch hier kommt KI zunehmend zum Einsatz, Plausibilitätsprüfungen werden aber sehr viel wichtiger. Das heißt, der Faktor Mensch bleibt wichtig.

Wenn ich 15 Sekunden überziehen darf, würde ich ein Gesamtfazit ziehen. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass wir als Branche derzeit mitten in der Transformation stecken. Man kann klar sagen: Die Krise einschließlich des Beschäftigungsabbaus fügt sich in die allgemeine Industrieentwicklung in Deutschland ein. Es ist – glaube ich – auch deutlich geworden, dass KI ein sehr wichtiger Veränderer der Arbeitswelt ist, aber nicht der einzige. Das ist mir sehr wichtig. Es gibt auch andere, die derzeit im Diskurs nur etwas in den Hintergrund treten. Die Paradoxie der Fachkräftesituation ist hoffentlich deutlich geworden: Beides ist wahr, die Suche nach Fachkräften und der Abbau von Stellen. Future Skills haben mit Technik, Branchenwissen und Daten zu tun, und Soft Skills werden zu „Top Skills“. Sie werden noch einmal besonders wichtig. KI gewinnt in den Unternehmen, bei den Beschäftigten und für die Tätigkeiten an Bedeutung. An der Oberfläche der Berufsbezeichnungen ändert sich jedoch zunächst nichts. KI steigert – auch das ist hoffentlich deutlich geworden – die Produktivität nicht per se. Die Arbeitsorganisation ist entscheidend.

Wenn ich zuletzt einen Wunsch an die Politik formulieren darf: Jetzt kommt es darauf an, dass wir den KI-Gebrauch ermöglichen, gerade auch mit Blick auf Digitalökonomien wie China, die USA und andere. Wir brauchen einen kohärenten Rechtsrahmen. Es gibt einen europäischen mit der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) und dem AI Act (KI-Verordnung der Europäischen Union), und wir haben beispielsweise das Betriebsverfassungsrecht. Es gibt also bereits viel. Es sollte kohärent sein. Bitte vergessen Sie nicht, dass es die Sozialpartner gibt. Auf Branchenebene und auf betrieblicher Ebene können wir Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen abschließen. Es gibt also viele Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn wir nicht sicher sind, ob wir derzeit regulieren sollten, würde ich empfehlen, es zunächst nicht zu tun. Danke.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank für diesen Parforceritt durch Dinge, die sich verändern, und Dinge, die bleiben. Überraschend ist vielleicht, dass der Zeitgewinn und die Auswirkungen auf die Jobs kleiner erscheinen, als ich gedacht hätte. Es ist aber vielleicht auch noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Ich würde gerne noch einmal auf das Fachkräfteparadox zurückkommen, weil uns sehr am Herzen liegt, dass eine gute Industrie gute Arbeitsplätze schafft und erhält, damit das, was dort erwirtschaftet wird, über gute Löhne in die Breite geht. Wie gehen wir damit um? Warum kann

die Lösung nicht sein, Beschäftigte, die ihre konkrete Aufgabe verlieren, aber das gesamte Vorwissen und ihre Fähigkeiten mitbringen, für die anderen Aufgaben vorzubereiten und zu schulen? Welches Potenzial steckt darin?

Wir sammeln noch einige Wortmeldungen: Herr Abg. van Beek, dann Herr Abg. Dr. Kraft, Frau Abg. Michel, Frau Abg. Vriesema und Herr Abg. Mayer-Lay.

Abg. **Sascha van Beek** (CDU/CSU): Vielen Dank für den Einblick. Wichtig finde ich, dass Sie insbesondere bei der Transformation die Rolle der Sozialpartner herausgestellt haben. Ich hatte auch einen Austausch mit der IG BCE in meiner Region, die sich sicherlich ebenfalls auf den Weg macht. Sie haben den Einschnitt beim Jobverlust – wenn ich Sie richtig verstanden habe – bei 25 Prozent gesehen, also nicht so gravierend. Es gibt aber auch dystopischere Modelle, die einen Wegfall von 80 bis 90 Prozent der heute von Menschen geleisteten Arbeit sehen, insbesondere in der Kombination von KI und humanoiden Robotern. Wo die Wahrheit liegt, werden wir sehen. Unsere Arbeitswelt wird sich aber auf jeden Fall verändern. Einen deutlichen Einschnitt könnte man – glaube ich – vor allem bei unseren Sozialversicherungssystemen sehen. Sie beruhen darauf, einen Teil der von Menschenhand geschaffenen Wertschöpfung zu vergesellschaften und das System so mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen aufrechtzuerhalten. Dafür brauchen wir in der Zukunft sicherlich – in welcher Größenordnung auch immer – andere Konzepte. Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht? Ich möchte das Wort „Maschinensteuer“ nicht in den Mund nehmen, weil dann vielleicht wieder – – Wenn man darüber nachdenkt, muss man das aber nicht als Zusatz sehen, sondern es wäre vielleicht ein Ersatz, zumindest auch für die Arbeitgeberseite, weil dort womöglich andere Technologien eingesetzt werden, die keine Pflegeversicherung brauchen. Trotzdem müsste dann vielleicht die Arbeitnehmerseite mehr tragen, um diese Systeme aufrechtzuerhalten. Darin sehe ich eine große Herausforderung, weil sich die Arbeitswelten – in welchem Umfang auch immer – verändern werden.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wir nehmen noch eine Wortmeldung dazu, dann folgen die Antworten. Herr Abg. Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Ich würde gerne Herrn Pinkepank fragen. Sie haben die Auswirkungen von KI auf die Bildung angesprochen. Sieht man das weiter, betrifft es nicht nur den Bildungssektor, sondern generell die Art und Weise, wie sich die Gesellschaft informiert, und die Frage, wie man das Vertrauen in KI fördert. Es gibt mittlerweile Fälle von Akteuren in den sozialen Medien – woher sie kommen, ist gleichgültig –, die nichts anderes als „Engagement-Farmer“ sind und den miesesten „KI-Slop“ produzieren, und zwar nicht einmal, sondern dutzendfach mit den gleichen falschen Aussagen. Fragt man dann die KI, ob das wahr ist, verweist sie selbstreferenziell auf all diese anderen Beiträge und bewertet die Aussage anhand der Masse, die dazu produziert worden ist. Mit dieser Methodik, also mit der Art und Weise, wie KI funktioniert, ist es relativ einfach, komplett alternative Realitäten aufzubauen oder historische Fakten zu fälschen. Wie kann man vor diesem Hintergrund die Auswirkungen von KI auf die Bildung in einem positiven Licht sehen und das Vertrauen in KI aufrechterhalten?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Sie haben nun Gelegenheit zur Antwort.

Sachverständiger **Thorsten Pinkepank** (BASF SE): Ich antworte gerne direkt auf die Frage von Herrn Abg. Dr. Kraft. Ich sehe zwei Aspekte. Zum einen muss man – wie Sie sagen – Medienkompetenz schaffen, damit die Menschen verstehen, dass KI nichts weiß, sondern Worte und Aussagen nach Wahrscheinlichkeit aneinanderreiht. Das muss man verstehen, damit man Halluzinationen nicht für bare Münze nimmt. Ich sehe zwar bei mir selbst, wenn ich KI nutze, dass die Antwortqualität in den letzten Jahren besser geworden ist. Alles, was ich Ihnen heute erzähle, ist aber ohne KI entstanden. Ich habe der KI auch einmal eine Frage dazu gestellt und mir gesagt: „Aha, ja, fast.“ Wir müssen also Medienkompetenz schaffen, damit man versteht, dass das, was mir KI derzeit liefert, nicht das Ergebnis von Nachdenken ist, sondern von wahrscheinlichen Verkettungen von Aussagen und Worten. Das ist ein Bildungsauftrag, den Unternehmen kaum leisten können. Deshalb sagte ich, die Zukunft der Arbeit ist in vielerlei Hinsicht vor allem eine Zukunft der Bildung. Das muss – da gebe ich Ihnen recht – sehr früh beginnen, in gewisser Weise bereits in der frühkindlichen

Bildung.

Was Unternehmen tun können, um Vertrauen zu schaffen – ich habe gesagt, dass das eine zentrale Rolle spielt –, ist, eine Art Hemmschwelle zu überwinden. Vielleicht geht es uns allen im Raum so: KI ist ein schillernder Begriff. Was bedeutet er genau? Es gibt die repetitive, gewissermaßen klassische KI, die mit Worten Antworten gibt, dann gibt es die generative und die agentische KI. Bei all diesen Begriffen fühlen sich die meisten Menschen – deshalb sage ich das – etwas unwohl und überfordert. Das schafft gerade kein Vertrauen. Wir müssen die Menschen niedrigschwellig ins Handeln bringen, nicht mit 48 Regeln und großen Wälzern. Bei uns geschieht das sehr klar: Wir haben eine sogenannte AI-Suite. Ich war kürzlich wieder bei einem Informationsgespräch dazu. Wir nennen das bewusst nicht Training oder aufwendige Qualifikation, sondern es wird gezeigt, und die Mitarbeiter probieren es aus. Wir brauchen auch eine gewisse Fehlertoleranz. Je mehr ich mich damit beschäftige, desto mehr erkenne ich, was die Chancen und die Grenzen dieser Werkzeuge sind. Das schafft dann Vertrauen, weil ich sie besser kennenlerne. Es geht also erstens darum, in der Bildung klarzumachen, was KI ist, was sie kann und was sie nicht kann. Zweitens kann ich nur raten – das geschieht auch in fast allen Unternehmen, mit denen ich spreche –, die Mitarbeiter niedrigschwellig zur Nutzung zu bringen, statt ihnen zu sagen: „Du musst zunächst 15 Seminare und 18 Schulungen besuchen.“ Diese gibt es bei uns auch. Wir haben auch Governance-Schulungen dazu, wie wir ethisch mit KI umgehen. Auf unserer Internetseite finden Sie sogar – glaube ich – sieben Punkte, wie wir die ethische KI-Anwendung für uns regeln wollen und was dabei unsere Werte sind. Allerdings nicht nach dem Motto: „Achtung, KI, Du musst zunächst an 15 Dinge denken, bevor Du sie nutzt.“ Das schafft kein Vertrauen. Vielmehr muss man ins Tun kommen. Das sind meine beiden Anmerkungen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Dr. Ogrinz.

Sachverständiger **Dr. Andreas Ogrinz** (Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.): Danke. Ich versuche, prägnant auf die Fragen zu antworten. Ihre Frage nach der Möglichkeit der Weiterbildung oder Weiterqualifizierung ist hochrelevant. Das ist die Frage der Transformation schlechthin. Es gibt eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ der Bundesregierung, die einige von Ihnen vielleicht kennen. Wir sind als Verband daran beteiligt, unsere Gewerkschaft ebenfalls. Die Weiterbildung in einer so schnellen Transformation voranzubringen, ist entscheidend. Jetzt kommt mein Aber: Die Unternehmen tun alles dafür, die bestehenden Belegschaften weiterzuentwickeln. Das steht außer Frage. Es gibt aber Grenzen. Gerade durch den schnellen Wandel müssen sie zum Teil auch Personal vom Markt hinzukaufen. Ich sage das direkt. Dann können nicht alle weiterentwickelt werden. Es ist immer eine Gratwanderung, und es gibt kein einheitliches Bild. Es gibt viele Versuche, das besser hinzubekommen, und mittlerweile auch viele regionale Initiativen, die Arbeitsmarktdrehscheiben oder Plattformen genannt werden. Wir haben im letzten Tarifvertrag ein sogenanntes Fachkräfteradar Chemie festgelegt. Damit versuchen wir, Beschäftigte, die – bewusst in Anführungszeichen – „nicht mehr gebraucht werden“, auf eine Plattform zu bringen, auf die Unternehmen, die Personal suchen, zugreifen können. Es gibt also sehr viele Versuche. Ich kann Ihnen keine einheitliche Antwort geben. Es gilt ein Sowohl-als-auch.

Die zweite Frage, Herr Abg. van Beek, betraf den Wegfall von Jobs. Dabei fallen mir immer die Titelbilder des Magazins „Der Spiegel“ ein, die alle paar Jahre mit Angstbildern hantieren. Ich kann mich gut erinnern: Vor zehn, elf Jahren kam die Digitalisierungsdebatte auf, es hieß „Arbeiten 4.0“, und auch damals wurde auf dem Titelbild ein Angstbild gezeichnet. Einige Jahrzehnte vorher gab es das bereits einmal, und vor ein, zwei Jahren wieder mit Blick auf KI. Das Bild ist jedes Mal das gleiche: Technik nimmt Jobs weg. Ich sage Ihnen: Historisch betrachtet ist das – Entschuldigung – absoluter Quatsch. Berufe haben sich immer verändert. Das ist ein inkrementeller Prozess. Berufe bestehen aus Bündeln von Aufgaben, und diese Aufgaben werden durch Technik ersetzt. Das kennen wir alle, und es erleichtert die Arbeit. Ich arbeite selbst mit KI und werde dadurch produktiver. Dadurch kann ich mehr andere Dinge erledigen. Dieser Prozess ist graduell. Berufe und Jobs verschwinden nicht über Nacht, das dauert viele Jahre. Das ist kein Grund, Angst zu haben.

Der dritte Punkt betraf die

Sozialversicherungssysteme. Das ist eine spannende Frage, zu der wir eine eigene Veranstaltung durchführen müssten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir als Arbeitgeber, aber auch die Beschäftigten ein Interesse daran haben, den Faktor Arbeit zu entlasten. Er ist in Deutschland auch international betrachtet sehr teuer und derzeit eine große Belastung, das sage ich offen. Er sollte gesenkt werden. Modelle helfen, den Faktor Arbeit zu entlasten – darüber, was zukunftsfähig ist, können wir gerne streiten. Ob Maschinensteuer oder nicht, weiß ich nicht, aber diesen Prozess sollten wir beginnen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir fahren fort mit Frau Abg. Michel.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Vielen Dank, Herr Pinkepank und Herr Dr. Ogrinz. Bevor Gerüchte entstehen, lege ich es gleich zu Beginn offen: Seit ich 2021 in den Bundestag eingezogen bin, liegt in meiner Schublade ein ruhender Arbeitsvertrag mit der BASF. Ich kenne also sowohl die BASF als auch den BAVC. Verorten können Sie mich in Schwarzheide. Dort habe ich mich am Standort einige Jahre als Teamleiterin um die Fachkräftesicherung bemüht. Deshalb bin ich sehr hellhörig und möchte Sie fragen: Welche Qualifikation braucht aus Ihrer Sicht ein Chemikant im Jahr 2035, die er heute nicht hat? Ich kenne die IHK (Industrie- und Handelskammer): Es dauert alles etwas, bis die Berufsbilder in die entsprechende Richtung entwickelt werden können. Ich fände es sehr gut, wenn Sie da bereits etwas andeuten könnten.

Bei Ihren Ausführungen bin ich ebenfalls hellhörig geworden. Sie sagten gerade, Herr Dr. Ogrinz, Jobs verschwinden nicht über Nacht. Das ist logisch, aber welche Jobs könnten das tatsächlich sein? Wie kann man sich darauf einstellen – nicht nur mit den jungen Menschen, die wir mit den richtigen Fähigkeiten aussuchen und dann entsprechend weiterentwickeln wollen, damit sie gut arbeiten können, sondern auch mit Blick auf die nötige Beurteilungskompetenz, die bei Ihnen ebenfalls zur Sprache kam? Wenn man mit KI arbeitet – wir kennen das alle –, neigt man dazu, Routinearbeiten auszulagern. Routinearbeit braucht man aber, um diese Kompetenz behalten zu können.

Zum Thema „KI und Mitbestimmung“ könnten Sie auch noch einige Worte verlieren. Ich weiß, dass wir mit der IG BCE mit einer Gewerkschaft zusammenarbeiten, die dem gegenüber sehr aufgeschlossen ist und gemeinsam in der Sozialpartnerschaft arbeitet. Ich bin aber bereits eine Weile weg. Wie weit sind wir gerade? Dabei möchte ich es zunächst belassen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Frau Abg. Vriesema.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank auch von mir für den Vortrag und die Impulse. Meine erste Frage geht an Herrn Pinkepank, weil Sie vom Vertrauen der Beschäftigten in KI gesprochen haben, auch als Hürde. Mich würde mit Blick auf die Zahlen, die Sie dargelegt haben, interessieren: Wäre nicht mehr Mitbestimmung durch die Betriebsräte – ich glaube, nur die Hälfte der Betriebe hat überhaupt einen Betriebsrat – ein hilfreicher Hebel, um das Vertrauen der Beschäftigten zu erhöhen? Ich teile nämlich das, was Herr Abg. van Beek gesagt hat: Es gibt erschreckende Zahlen. KI hat sich in der neuesten Version bereits selbst weiterentwickelt und neu konzipiert, und das geht exponentiell. Ich glaube, viele Menschen haben noch nicht verstanden, was das bedeutet und wie schnell das gehen kann. Ich würde sagen, dass das ein sehr großer Umbruch für die Arbeitswelt ist.

Die andere Frage zielt darauf ab, dass Sie gesagt haben, KI werde zu Beschleunigungen führen. Für mich geht das auch mit Profitsteigerungen und Wachstum einher. Wie kann man die Beschäftigten an diesem potenziellen Wachstum beteiligen? Das finde ich eine wichtige Frage. Eine weitere Frage hätte ich zum Schluss noch – oder machen wir eine zweite Runde? Dann stelle ich sie später.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Dann nehmen wir als Dritten in dieser Runde noch Herrn Abg. Mayer-Lay dazu.

Abg. **Volker Mayer-Lay** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank auch für Ihren sehr interessanten Vortrag. Ich habe ebenfalls zwei Fragen. Zum einen sprachen Sie davon, dass die Soft Skills künftig die Hard Skills sein werden, also die entscheidenden Fähigkeiten, um eine Tätigkeit – wenn man so möchte – in Konkurrenz zur künstlichen Intelligenz weiterhin ausüben zu können. Was könnten diese Soft Skills konkret sein, damit ich mir etwas darunter vorstellen kann?

Ist es denkbar, dass die Bildungspolitik bereits in den Schulen darauf vorbereitet? An welchen Stellen könnte man ansetzen? Wo wird der Mensch weiterhin stärker sein als die KI?

Meine zweite Frage: Sie sprachen vom rechtlichen Rahmen, den die Politik für die Wirtschaftstreibenden anpassen und mit dem sie Möglichkeiten bereitstellen müsse. Wo ist der Einsatz von KI derzeit noch rechtlich gehemmt? An welchen Stellen muss der Gesetzgeber nacharbeiten? Können Sie – um es so zu formulieren – Ross und Reiter nennen?

Sachverständiger **Dr. Andreas Ogrinz** (Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.): Ich beginne gerne. Frau Abg. Michel, schön, gewissermaßen von Branche zu Branche. Der Chemikant 2035 – eine sehr gute Frage, die wir uns vor einigen Jahren in der Digitalisierungsdebatte auch als Sozialpartner gemeinsam gestellt haben. Ich kann Ihnen sagen, dass das vor allem – ich sage einmal – auf dem Platz entschieden wird, also in den Betrieben. In den Betrieben und Anlagen entstehen neue Prozesse, und dort lernen die Chemikanten unglaublich viel im Arbeitsalltag. Ich sage das, weil schnell die Debatte über die angeblich unflexiblen Ausbildungsordnungen eröffnet wird. Die Ausbildungsordnungen sind die Rahmenwerke, in denen die berufliche Bildung stattfindet und die Ausbildungen inhaltlich organisiert werden. Sie sind – wie wir das nennen – technologieoffen. Das heißt, man muss dort nicht viel ändern. Ich bin da sehr optimistisch. Die Unternehmen wissen, was sie brauchen. Der Wettbewerb ist hart und global, und die Chemikanten werden das können. Da bin ich sehr zuversichtlich, und wir werden das im Rahmen der Ausbildungsordnungen abbilden können.

Zweitens: Wie können wir die jungen Menschen vorbereiten? Das ist eine große Frage, die ich stark reduzieren muss. Ich denke an den zweiten oder dritten PISA-Schock, der garantiert auch an Ihnen nicht vorübergegangen ist. Dort beginnt es. Wenn wir – und das geht bereits in Richtung Ihrer Frage – das Schulsystem wieder auf die wesentlichen Basiskompetenzen konzentrieren, auf Rechnen, Lesen, Schreiben, logisches und kritisches Denken, ist das bereits die halbe Miete und mehr. Ich wäre glücklich, wenn wir das hinbekämen. Hinzu kommen flexibles Denken, Flexibilität und Agilität, damit Menschen in der Lage sind, sich immer wieder neu zu erfinden. Früher hieß das lebenslanges Lernen, und das wird wichtiger. Das wäre meine sehr bescheidene kurze Antwort auf Ihre sehr komplexe Frage.

Der dritte Punkt betraf die Mitbestimmung. Wir stehen zur Mitbestimmung, und zwar wir als BAVC – und ich spreche jetzt auch für die BASF mit. Das tun wir nicht, weil wir jeden Paragrafen des Gesetzes lieben, darum geht es nicht. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Einbeziehung der Beschäftigten Prozesse und Ergebnisse verbessert und die Akzeptanz erhöht. Gerade in Veränderungsprozessen wie jetzt ist das sehr wichtig. Schauen Sie in die Automobilbranche: Dort läuft das zum Teil derzeit nicht so gut. Wir versuchen, es besser zu machen. Ob es gelingt, weiß ich heute noch nicht. Das mögen Wirtschaftshistoriker entscheiden. Dafür, die Menschen mitzunehmen, stehen wir aber. Das ist der Kern der Mitbestimmung.

Die nächste Frage kam von Ihnen, Frau Abg. Vriesema. Selbstverständlich werden die Beschäftigten beteiligt, und zwar bei uns in erster Linie über Tarifverträge. Sie können gerne in die Geschichte schauen: Die Chemiebranche hat die Beschäftigten über die letzten Jahrzehnte gut beteiligt. Wir sind gemeinsam mit der Metallbranche die Spitzenlohnbranche in Deutschland. Lange lief es gut. Im Moment läuft es weniger gut bis schlecht. Deshalb war unser letzter Tarifabschluss vor einigen Monaten auch ein Krisenabschluss. Wir sind dankbar, dass die IG BCE das mitgetragen hat. Es ist immer ein gemeinsames Ringen um die beste Lösung. Wir versuchen, die Beschäftigten im Rahmen des Möglichen zu beteiligen. Das ist immer sehr gut gelungen. Derzeit treten wir etwas auf die Bremse.

Dann die Frage von Herrn Abg. Mayer-Lay zum Schulsystem. Die habe ich – glaube ich – zur Hälfte beantwortet. Wir müssen darauf achten, dass in den Schulen wieder die Grundkompetenzen gelehrt werden, und vor allem Flexibilität sowie Führungskompetenz. Gerade Unternehmen, aber auch die Beschäftigten müssen mit dieser Veränderung zurechtkommen. Wenn wir junge Menschen bereits jetzt darauf vorbereiten, mit diesem schnellen Wandel umzugehen, ist viel gewonnen. Nach dem, was ich mitbekomme, findet leider immer noch sehr viel frontale Wissensvermittlung statt, sehr viel

„Druckbetankung“ mit Faktenwissen. Das ist bis zu einem gewissen Grad weiterhin wichtig. Wir müssen die Kinder und jungen Menschen jedoch viel stärker befähigen, lebenslang zu lernen.

Zuletzt Ihre Frage nach der Lücke: Was ist noch zu tun? Kurz gesagt: derzeit nichts. Der Rechtsrahmen ist ausreichend. Er ist vor allem europäisch, aber auch national geregelt. Derzeit sehen wir hier keinen Handlungsbedarf.

Sachverständiger **Thorsten Pinkepank** (BASF SE): Ich ergänze gerne. Frau Abg. Michel hatte nach dem Chemikanten des Jahres 2035 gefragt. Wenn wir ehrlich sind, weiß niemand genau, wo KI im Jahr 2035 steht. Ich nenne aber ein Beispiel, und zwar jetzt tatsächlich für die BASF und nicht für die Verbände: Wir haben selbst einen Agenten entwickelt, der sich „PlantGPT“ nennt. Es geht darum, wie man die Anlagen fährt. Dieser Agent wertet für die Menschen, die die Anlagen fahren, und damit für dieses Berufsbild in Sekundenschnelle Tausende von Dateien und Dokumenten aus und kann erkennen, wo Fehler sein könnten und wie man die Anlage effizienter fahren kann. Das ist nicht nur für den Betrieb eine Absicherung im Sinne von mehr Sicherheit, sondern hilft – wie mir die Mitarbeiter sagten – auch dabei, Menschen einzubinden und anzulernen, wenn man das altdeutsch sagen darf. Sie fragten auch, wie man KI für die Qualifizierung nutzen kann. KI ist hier eine sehr große Hilfe, um Menschen gerade im Produktionsbereich für eine Tätigkeit einzubinden und anzulernen. Deshalb dieses Beispiel.

Sie hatten zudem nach den dystopischen Vorstellungen gefragt. Die Zeitungen sind voll davon. Ich bin mir manchmal nicht sicher, ob diese dystopischen Perspektiven, die ausgerechnet von denjenigen kommen, die diese Produkte herstellen, tatsächlich so ernst gemeint sind oder ob das – in Anführungszeichen – auch ein Stück weit Marketing ist, um zu zeigen, welch leistungsstarke Produkte sie haben. Sie haben es selbst in der Hand. Wir müssen aber auch klar sagen, dass wir keinen Rückwärtsgang einlegen können. Die Technik ist da und entwickelt sich weiter. Auf Ihre Frage, ob es hilfreich ist, in der Mitbestimmung darüber nachzudenken, wie man das gestaltet, lautet die Antwort deshalb: Ja. Herr Dr. Ogrinz hat das ebenfalls deutlich gemacht. Ich habe, während er sprach, nachgesehen, was wir bei „Chemie³“, diesem Kooperationsverbund der Verbände mit der IG BCE, zur sozialen Nachhaltigkeit trainieren und welche Themen dort behandelt werden: Datenschutz, keine Diskriminierung, Sinnstiftung der Arbeit, Entwicklung, Autonomie, aber auch Entlastung. Was haben die Mitarbeiter davon? Neben dem ökonomischen Nutzen, wenn Unternehmen durch den Einsatz von KI im Wettbewerb besser sind oder die Anlagen besser führen können, bedeutet es mitunter auch Entlastung und die Möglichkeit, sich auf jeder Ebene mit sinnstiftenden Dingen zu beschäftigen. Das sind Möglichkeiten, wie man davon profitieren kann. Wir sollten also darauf achten – das habe ich am Anfang gesagt –, nicht in eine sich selbst erfüllende Prophezeiung nach dem Motto „Oh Gott, KI gleich Desaster, Dystopie, Roboter“ zu geraten. So war es auch, als wir den PC eingeführt haben.

Ich war kürzlich im Architekturbereich bei einer Verleihung akademischer Grade. Dort hieß es, die große Diskussion sei, ob die KI den Architekten abschafft. Das kann man sich überlegen, man kann damit auch planen, es ist viel Rechnen. Die gleiche Diskussion hatten wir, als der Computer eingeführt wurde und die Architekten nicht mehr von Hand gezeichnet haben. Ich glaube, Architekten werden wir dringend brauchen, mit oder ohne KI. Das ist vielleicht auch eine Antwort auf Ihre Frage, was die Soft Skills sein können: gerade in Fällen von Dilemmata – das ist bei Nachhaltigkeit häufig der Fall –, in denen es 50 zu 50 steht. Dann kann die KI – Herr Abg. Dr. Kraft – nicht mehr ausrechnen, was wahrscheinlicher ist. Genau dann braucht es die menschliche Entscheidungskraft und Urteilsfähigkeit. Deshalb würde ich als steile These sagen: Je mehr wir technisieren, desto wichtiger werden die menschlichen Kompetenzen. Desto wichtiger wird es, dass wir einerseits kreativ bleiben, andererseits aber auch die Bewertungskompetenz behalten: Was sagt mir der neue Assistent? Mehr Technik bedeutet also einen Bedeutungszuwachs für menschliche Kompetenzen. Das ist auch ein Bildungsauftrag. Wir müssen die Menschen immer mehr befähigen, damit umzugehen. Ohne Führerschein Auto zu fahren, ist schlecht.

Wir müssen das aber nicht neu erfinden. Nur weil wir Elektromobilität haben, ändern wir auch nicht die Straßenverkehrsordnung. Wir müssen überlegen, wo wir eine Lücke in der jetzigen

Regulierung für KI hätten, und die sehen wir derzeit nicht. Noch einmal zum Thema Regulierung: Es gibt bereits sehr viele Initiativen. Ich habe vorhin erwähnt, dass gestern 50 Jahre OECD-Leitsätze (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) begangen wurden. Auch die OECD hat in diesem Jahr ihre „Guidance for Responsible AI“ herausgebracht. Sie antwortet nicht mit Regulierung oder einem Gesetz, sondern eher mit einem Prozess. Das hat sie – finde ich – sehr interessant gemacht: mit sechs Sorgfaltsschritten, ähnlich wie bei den Menschenrechtsprozessen. 55 Staaten unterstützen das bereits. Man kann also viel im Bereich der Standardsetzung tun, ohne gleich in Richtung Regulierung zu gehen. Ich hoffe, wir konnten viele Antworten geben.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich würde gerne noch einen anderen Aspekt ansprechen, und zwar die Frage, womit die KI gefüttert wird, damit sie möglichst gewinnbringend ist. Wir haben die Dominanz US-amerikanischer und chinesischer Anbieter. Unser Digitalminister Dr. Karsten Wildberger ist sehr glücklich darüber, dass es eine große Fusion des deutschen Unternehmens Aleph Alpha mit dem kanadischen Unternehmen Cohere gegeben hat, sodass man ein neues großes Sprachmodell aufsetzen kann, das weder US-amerikanisch noch chinesisch dominiert ist. Erfahrungsgemäß bilden sich in der KI die Werte, Denkweisen und Voreingenommenheiten der Gesellschaft ab, die sie füttert. Deshalb halte ich es für sehr gut, dass es nun einen dritten Akteur gibt, und möchte Ihnen ans Herz legen, ihn auch selbst zu füttern, damit er wächst und das Potenzial ausschöpft, das in seinem Wertebereich zur Verfügung steht.

Daran möchte ich folgende Frage anschließen: Unter der Maßgabe des Bürokratieabbaus gibt es derzeit Überlegungen, wie man Statistik- und Datenerfordernisse, das Once-Only-Prinzip und so weiter neu und besser aufsetzt. Ich glaube, wir haben in unseren Unternehmen einen absoluten Datenschatz, der noch nicht gehoben ist, weil er so verteilt ist. Jetzt gehen wir daran, die Dinge zu optimieren. Wie kann man dabei mitdenken und steuern, dass das Potenzial, das hier liegt – ich glaube, darin steckt noch viel Potenzial für die Verbesserung von Abläufen, für die Beschaffung oder für das Erkennen von Wechselwirkungen –, nicht gekapert wird, sondern uns hier zur Verfügung steht, am liebsten innerhalb des Verbundes Europa-Kanada? Wie kann man es nutzen, ohne dass es abwandert? Welche Voraussetzungen lassen sich daraus wiederum für unsere Gesetzgebung ableiten, wenn wir daran gehen, Daten neu zu kombinieren und festzulegen, was jemand an wen weitergeben soll, womit es verknüpft werden soll und womit nicht? Vielleicht müssen Sie das noch gar nicht beantworten. Ich möchte an dieser Stelle nur einen Stein ins Wasser werfen, damit Sie das auch von Ihrer Seite mitdenken und nicht nur das kleine Karo sehen – welche Daten sparen wir uns, welche siebeneinhalb Minuten, weil wir dieses Formular nicht mehr ausfüllen müssen –, sondern das auch in diesem Kontext sehen: Welche Daten, welchen Schatz haben wir? Wie nutzen wir ihn besser, und wie schaffen wir es, dass wir ihn nutzen und nicht andere? Das waren meine Anmerkungen. Frau Abg. Vriesema hat sich noch einmal gemeldet.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte an dieser Stelle noch einmal widersprechen – nicht Ihnen, Frau Vorsitzende, sondern dem zuvor Gesagten –, weil ich ehrlicherweise nicht glaube, dass Nichtregulierung die Lösung ist, wenn man sich anschaut, in welchen Händen sich KI gerade konzentriert und welche Rolle die Tech-Konzerne und Milliardäre dabei spielen. Deshalb bin ich der Auffassung, dass man KI unter demokratische Kontrolle stellen muss und dass Regulierung dabei wichtig ist. Vielleicht können Sie noch einmal ausführen, wie Sie das gemeint haben. Meine eigentliche Frage ist jedoch: Wie schätzen Sie die öffentliche Unterstützung von Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit im Zusammenhang mit KI derzeit ein, und ist sie ausreichend? Ich würde sagen, dass sie noch nicht ausreichend aufgestellt ist. Vielleicht können Sie dazu eine Einschätzung geben.

Sachverständiger **Dr. Andreas Ogrinz** (Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.): Ich beginne und lasse dann gerne aus Unternehmenssicht ergänzen. Danke für die Gelegenheit, das klarzustellen: Wir sind nicht gegen Regulierung. Wir sind nur gegen ein Mehr an Regulierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ich würde sogar sagen, dass KI – Stichwort Vertrauen – einen regulatorischen Rahmen braucht. Deshalb

sind wir gerade für eine europäische Gesetzgebung. Ich glaube, sehr viele dieser Themen, auch das Datenthema und die digitale Souveränität, sind europäische Themen. Wir sind klar für einen Rahmen, auch für einen ethischen, europäischen Rahmen. Darin steckt auch der „European Way of Life“, zu dem wir uns als Chemie bekennen. Er muss aber ermöglichend bleiben. Das ist ein schmaler Grat, über den man streiten muss. Es ist aber nicht so, dass wir gegen Regulierung sind. Ich sehe genau die Gefahren, die hier diskutiert wurden. Man muss aufpassen: Wird diese Technologie gar nicht reguliert, gehen Vertrauen und Akzeptanz verloren, und dann wird sie gar nicht oder völlig falsch genutzt.

Der nächste Punkt war die Unterstützung der Bundesregierung für Weiterbildung. Das ist ein weites Feld. Es gibt bereits eine Reihe von Förderinstrumenten, die über die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Dazu wurden auch verschiedene Gesetze angepasst, beispielsweise das Qualifizierungschancengesetz und das Arbeit-von-morgen-Gesetz. Wir – beziehungsweise die Bundesagentur für Arbeit – können da noch viel mehr tun. Es ist noch nicht sehr KI-spezifisch, da bin ich bei Ihnen. Man müsste aber erst untersuchen, ob das notwendig ist. Ich glaube, wenn es offen formuliert ist – und das ist es derzeit –, kann es für KI verwendet werden, aber es ist nicht spezifisch. Da bin ich bei Ihnen, das würde ich bestätigen.

Dann noch kurz zu Ihren Punkten, Frau Vorsitzende. Ich mag das Bild vom Schatz, der gehoben werden muss. Ich möchte auch lieber einen Schatz sehen und mich nicht so sehr an den negativen Aspekten festbeißen, die zweifelsohne bestehen. Diesen Schatz zu heben, ist – glaube ich – unsere gemeinsame Aufgabe. Leider muss ich sagen, dass wir uns in einer Welt befinden – ich habe vorhin das Wort „Geopolitik“ verwendet –, die möglicherweise in geopolitische Blöcke zerfällt, politisch und in vielerlei Hinsicht. Vielleicht kennen Sie den Politikwissenschaftler Herfried Münkler. Ich habe klugerweise oder dummerweise ein Buch von ihm gelesen. Er hat in etwa vorhergesagt, dass wir vermutlich in diese Welt abdriften. Das heißt für mich, dass wir gewisse Grenzen ziehen, eine Blockbildung betreiben und digitale und andere Souveränitäten herstellen müssen. Das ist für uns neu und widerspricht unserer offenen Denkweise, gerade in Europa. Ich glaube aber, wir brauchen mehr Europa, ein starkes Europa, damit wir in dieser rauen Welt bestehen können. Das gilt für diese Themen hier wie für alle anderen.

Die letzte Frage betraf das Once-Only-Prinzip. Dazu kann ich nur sagen: Ja, bitte. Das Once-Only-Prinzip heißt für uns: Bitte stimmen Sie die Regulierungen so aufeinander ab, dass wir Fragen nicht mehrmals beantworten und nicht mehrmals Berichte erstatten müssen, sondern möglichst nur einmal. Wenn das funktioniert, sind wir zufrieden, und dann ist auch der richtige Rechtsrahmen gegeben.

Sachverständiger **Thorsten Pinkepank** (BASF SE): Was kann ich ergänzen? Vielleicht eine Idee. Selbstverständlich brauchen wir Regeln und deshalb auch Regulierung. Wir finden beispielsweise auch den AI Act – da wir über Europa sprechen – grundsätzlich gut, vieles passt. Ein Problem haben unsere Praktiker beim Herunterbrechen: Was bedeutet das konkret? Dann gibt es 100 Seiten Dokumentation dazu. Mir ist in der Diskussion spontan eingefallen, dass es für das Thema Sorgfaltspflichten einen Helpdesk gibt. Große Unternehmen können mit einer solchen Komplexität eher umgehen, viele KMU (kleine und mittlere Unternehmen), die wir nicht vergessen sollten, brauchen aber vielleicht Unterstützung. Vielleicht wäre ein KI-Helpdesk für deutsche Unternehmen hilfreich, oder man organisiert ihn europäisch. Er würde erläutern, wie die bestehende Regulierung, die aus unserer Sicht keine vertiefte, großartige Ergänzung braucht, heruntergebrochen werden kann: Was bedeutet das für mich in der Praxis? Das wäre vielleicht eine Idee, eine regulative Idee.

Im Übrigen hatte ich mein Plädoyer für internationale Kooperation gehalten. Seien wir ehrlich: Herr Dr. Ogrinz hat das Thema Blöcke und geopolitische Spannungen angesprochen, und wir sehen das. Wir haben aber auch gerade gesehen – war das heute oder gestern? –, dass die Präsidenten zweier sehr großer Länder miteinander gesprochen und verstanden haben, dass sie sich wegen KI verständigen müssen. Wir können weder die Technik noch die Geopolitik zurückdrehen. Ich glaube aber, dass die Geopolitik am Ende verstehen wird, dass es Dinge gibt, die wir gemeinsam auf dem Planeten regeln müssen. Dafür wäre ich eher,

weil die BASF nicht europäisch, nicht deutsch, nicht chinesisch und nicht amerikanisch ist. Wir sind weltweit tätig. Die meisten unserer Mitarbeiter sprechen – wenn ich das richtig weiß – kein Deutsch. Bei uns stellt sich also die Frage: Wer sind wir, und wenn ja, wie viele? Wir müssen das auf jeden Fall international regeln, und das sollten wir auch tun, weil das Thema international ist. Deshalb nur eine Warnung mit Blick auf das Thema Abschottung: Abhängigkeit, auch Abhängigkeit von anderen Weltregionen, ist schlecht, aber Zusammenarbeit hat immer genutzt. Deshalb brauchen wir bei diesem Thema globale Zusammenarbeit, und gerade als multinationales Unternehmen werden wir uns immer dafür einsetzen. Wir wollen keine Zersplitterung und vielleicht eine Kraft sein, um die Globalisierung – – Diese Themen können und sollten wir nicht allein regional lösen. Klar ist: keine Abhängigkeiten schaffen, aber die Kooperation muss bleiben. So viel ergänzend von mir.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Frau Abg. Michel hat noch eine Frage.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Ich habe mir noch eine Abschlussfrage überlegt, die wieder mit dem Jahr 2035 zu tun hat: Wie sieht es dann in der chemischen Industrie aus? Bis 2035 sind es neun Jahre, das ist ein Katzensprung. Haben wir dann deutlich weniger Menschen in den Betrieben oder ungefähr gleich viele, aber in anderen Berufen und Tätigkeiten?

Sachverständiger **Thorsten Pinkepank** (BASF SE): Auch hier gilt: Ich mag Ihre Fragen zum Jahr 2035, weil ich mir auch Gedanken mache, aber niemand weiß es. Ich glaube nicht, dass wir mehr Beschäftigte haben werden, das halte ich für eher unwahrscheinlich. Sie haben die Schlagzeile zur BASF gesehen: In Ludwigshafen haben wir derzeit so wenige Beschäftigte wie seit 1954 nicht mehr. Das ist aber nicht der KI geschuldet, sondern ehrlich gesagt eher der Marktlage in Europa. Mit KI hat das nichts zu tun. Wir hatten zudem immer wieder Produktivitätsfortschritte. Deshalb glaube ich nicht, dass es mehr Beschäftigung geben wird, gerade in Industrien, in denen es um die stoffliche Umwandlung geht. Ich bin mir aber nicht sicher, dass wir weniger Beschäftigte in Deutschland haben werden. Es wird Berufe geben, die wir heute noch gar nicht beschreiben können. Wir werden künftig nicht nur Mitarbeiter auf Kohlenstoffbasis haben, also Menschen, sondern auch Agenten als Mitarbeiter. Diese bekommen sogar Namen. Es entstehen also völlig neue Berufsformen, etwa mit der Frage, wie diese Agenten zu führen oder aufzubauen sind. Das sind Dinge, die wir uns heute kaum vorstellen können. Deshalb warne ich davor, in diese Dystopien zu verfallen. Wir haben allen Grund, uns zu fragen – das haben Sie auch gesagt –, welche Regeln wir brauchen. Ich habe gesagt, wo KI in falsche Richtungen gehen kann. Dafür brauchen wir klare Regeln, und im Übrigen auch Werte. Dazu haben wir uns als BASF und als Chemie klar geäußert. Wir sollten aber nicht in eine Schockstarre verfallen oder in eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Das ist alles schwierig. Ihre Frage ist gut. Ich glaube und hoffe, dass der Beschäftigungsgrad in den Industrieländern eher auf dem gleichen Niveau bleibt.

Sachverständiger **Dr. Andreas Ogrinz** (Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.): Ich ergänze aus Branchensicht. Ich habe eingangs die Studie zur Transformation der Branche, „Chemie-Arbeitswelten 2030“, vorgestellt. Sie denkt in Szenarien, und darin ist im Prinzip alles enthalten. Ich bin bei Herrn Pinkepank: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir eine starke Industrie in Deutschland haben. Das ist auch eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gleichwohl befinden wir uns derzeit in einer Situation, in der der Gewerkschaftsvorsitzende Michael Vassiliadis sagt, dass auf Dauer 20 Prozent der Produktion in Deutschland wegfallen werden. Das ist der Stand heute. Das kann sich wieder ändern, aber deshalb zeigt der Pfeil der Beschäftigung derzeit nach unten – ich sage das sehr vorsichtig. Wir müssen etwas dafür tun, dass die Industrie in Deutschland und – ich wiederhole mich – in Europa bleibt. Das war die quantitative Dimension. Zweitens wird sich qualitativ durch KI und andere Faktoren viel ändern. Die Arbeitswelt verändert sich. Wir nennen das neudeutsch „Skill Shift“. Die Beschäftigten müssen völlig andere Fähigkeiten mitbringen und im Betrieb neu lernen, und zwar schneller, als das früher der Fall war. Auch das ist eine Quintessenz dieser Studie, und es ist hoffentlich beruhigend: Die Chemie bleibt eine Produktionsbranche, und zwar eine starke.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Dann bleibt mir, Ihnen für diesen Ausblick zu danken, der Chancen und Risiken

aufgezeigt hat, vielleicht aber mehr Chancen, als man derzeit sonst sehen mag. Es gab also sehr positive Aspekte und vor allem eine sehr positive Motivation, die ich – und auch das ist sehr positiv – gemeinsam auf beiden Seiten der Branche festgestellt habe. Ich frage mich gerade, wofür die IG BCE ihre Beiträge sammelt. Was macht sie damit, wenn sie nicht mehr streikt? Sie steckt sie in die Bildung – das ist eine bessere Verwendung, das möchte ich klar sagen. Wir haben in Ihnen und Sie haben in uns Mitstreiter für das Anliegen, die Industrie in Deutschland zu halten, gerade auch die wichtige chemische und pharmazeutische Industrie. Herzlichen Dank.

Sachverständiger **Thorsten Pinkepank** (BASF SE): Ich möchte noch eine Bitte anbringen. Sie haben mit dem heutigen Thema ein wichtiges, zentrales, wenn nicht sogar ein Drehthema für die nachhaltige Entwicklung, die Zukunft der Arbeit sowie die Zukunft der Industrie und der Wirtschaft in Deutschland gesetzt. Ich vermisse das etwas in der weiteren Diskussion, Stichwort Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Sie müssen als Beirat vielleicht – in Anführungszeichen – überlegen, Nachhaltigkeit nicht als das grüne oder nur das soziale Thema zu verstehen, sondern richtig, nämlich als das ökonomische Thema. Dem Planeten ist es gleich, was wir tun. Es geht um den Menschen, es geht darum, womit wir künftig Wertschöpfung in Deutschland, in Europa und in der Welt erzielen. Da muss das Thema hinein. Deshalb mein Appell: Wenn Sie in anderen Ausschüssen sitzen, bringen Sie das Thema ein. Wir müssen darüber reden, vielleicht sogar einmal streiten, aber das Thema ist zu wichtig, als dass man sagt: „Ach so, Nachhaltigkeit, das ist das mit dem Klima und den Menschenrechten." Das ist es nicht. Nachhaltigkeit ist im Kern ein ökonomisches und damit auch ein politisches Thema, und KI ist ein wichtiger Aspekt, der im Übrigen in den SDGs fehlt. Hier könnte ich mir vorstellen, dass der Beirat und Sie in Ihren anderen Funktionen eine wichtige Rolle spielen. Vielen Dank.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das war noch einmal eine wichtige Ergänzung, die wir gerne in unsere weiteren Beratungen aufnehmen. Damit danke ich Ihnen noch einmal herzlich. Wir sehen uns bestimmt wieder. Die Aufzeichnung endet hier. Die Sitzung bleibt öffentlich, wird aber nicht mehr aufgezeichnet. Wir unterbrechen die Sitzung für fünf Minuten.

Tagesordnungspunkt 2

Beratung des Aktionsplans „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland" (Kabinettbeschluss vorgesehen für den 30. September 2026)

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wir setzen die Beratung fort, weiterhin öffentlich, aber nicht mehr im Livestream. Wir wollen uns noch einmal mit dem Aktionsplan „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland" befassen. Der Kabinettsbeschluss war bereits für diese Woche angedacht, ist nun aber definitiv für den 30. September 2026 vorgesehen. Unsere Aufgabe als Beirat ist es, an dieser Stelle die Aufgabe des Parlaments zu übernehmen, also mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen, was die Regierung tut, sie in angemessener Weise zu kontrollieren und uns einzubringen. Der Zeitplan hätte auf jeden Fall besser laufen können. In Aussicht gestellt war die Vorlage noch vor der Sommerpause. Entsprechend dem Fortschritt des Projekts im Kanzleramt wurde uns jedoch eine Beteiligungsmöglichkeit eingeräumt, die mehr oder weniger vollständig in die Sommerpause fiel und deshalb noch keine offizielle Befassung des Beirats ermöglicht hat. Innerhalb der Frist, die bis zum 7. August 2026 gesetzt war, haben sich jedoch einige Kollegen mit ihren Vorstellungen und mehr oder weniger kritischen bis konstruktiven Anmerkungen unmittelbar an das Kanzleramt gewandt. Staatssekretär Dr. Semmler hat uns daraufhin mit seinem Schreiben vom 9. September 2026 geantwortet und klargestellt, dass der Aktionsplan, wie er jetzt vorliegt, noch nicht den Anspruch erhebt, ein abgeschlossenes Werk zu sein, an dem sich kein Jota mehr ändert. Das ergibt sich – glaube ich – auch aus der Aufgabe. Wir haben gerade ein gutes Beispiel dafür gehört, dass sich die Relevanz bestimmter Themen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit immer wieder neu zeigt und sich daraus sowohl Konkretisierungen als auch Ergänzungen völlig neuer Bereiche ableiten lassen. Insofern muss man den Aktionsplan – denke ich – auch als weiterhin offenen Prozess verstehen.

Dargelegt wurde außerdem, dass die Bundesregierung in den betreffenden Bereichen verschiedene Strategien aufgelegt hat, die thematisch ebenfalls zur Nachhaltigkeit gehören – sei es die Kreislaufwirtschaft, die Energieeffizienz oder das Klimaschutzprogramm in Gänze – und mitgedacht werden müssen, auch wenn sie im Aktionsplan nicht vollständig rezipiert sind. Wir haben heute jedenfalls noch einmal Gelegenheit, vor der Verabschiedung des Aktionsplans gewissermaßen „entre nous“ darüber zu sprechen. Das Kanzleramt ist zudem durch Herrn Dr. Schmidt-Gernig vertreten, der uns hier stets begleitet, sodass Fragen gestellt werden können, soweit Bedarf besteht, und damit einer Befassung formal wahrscheinlich Genüge getan ist. Ich denke aber, dass die ausführlichere und nach außen sichtbarere Befassung auch in der Debatte stattfinden kann.

Zur zeitlichen Einordnung möchte ich ergänzen, dass in der kommenden Woche eine wichtige Veranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit stattfindet: Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hält seine Jahrestagung ab, und der Kanzler wird den Aktionsplan sicherlich zum Anlass nehmen, selbst zum Thema Nachhaltigkeit zu sprechen. Wir haben das heute jedenfalls zum Anlass genommen, dem Aktionsplan einen kleinen zusätzlichen Programmpunkt zu widmen, damit wir uns austauschen und vielleicht ventilieren können, ob wir den einen oder anderen Punkt noch mitgeben wollen oder ob wir lieber auf einer längeren Zeitschiene, vielleicht im Austausch mit der neuen Kanzleramtsministerin, über den Aktionsplan sprechen möchten. Das wären die verschiedenen Optionen. Von meiner Seite sage ich noch: Mir persönlich und – wie ich denke – auch Frau Abg. Dr. Lübcke lag am Herzen, das Thema Klimawandel anders zu benennen, als es bisher geschehen ist. Das Thema ist im Aktionsplan enthalten, aber eher unter dem Aspekt der Klimaanpassung. Deshalb möchte ich vorschlagen, wenn wir in die Diskussion einsteigen, dort noch einen Satz zu ergänzen. Diesen würde ich gleich zur Diskussion stellen, möchte die Diskussion aber nicht darauf verengen, sondern zunächst Gelegenheit geben, das Wort zu ergreifen. Wenn ich es richtig sehe, gibt es eine Wortmeldung von Frau Abg. Michel. Sie haben das Wort.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Ich möchte hier in der Runde ausdrücklich darlegen, dass ich den aktuell vorliegenden Plan als unzureichend empfinde. Das führte auch zu meinem Impuls, ihn noch einmal von der Tagesordnung des Kabinetts zu nehmen, damit wir heute die Möglichkeit haben, uns im Beirat auszutauschen. Sie haben es bereits ausgeführt: Durch die Terminverzögerung – der Plan sollte viel früher vorliegen – gelangte er unglücklicherweise erst zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause in unsere Büros. Wir hatten – glaube ich – etwa fünf Tage Zeit, um uns zu äußern. Das war im Nachhinein betrachtet sehr schwierig, und wir konnten uns hier im Beirat nicht austauschen. Deshalb finde ich es gut, dass wir das heute tun und dass die Kollegen das ähnlich sehen.

Neben den Themen, die mir fehlen und die wir bereits angesprochen haben, ist durch den Sommer das Thema Wasser hervorgetreten. Es kommt überhaupt nicht vor, obwohl es existenziell ist und wir uns überlegen müssen, was das für uns bedeutet. Hinzu kommt ein Aktionsplan, der genau genommen kein Aktionsplan ist. Nimmt man ihn so, wie er ist, verwalten wir die Nachhaltigkeit nur. Wir nehmen keinen Einfluss. Wir bräuchten vielmehr einen geschlossenen Steuerungskreislauf: Wir identifizieren Probleme, setzen ein Ziel fest, das auch abrechenbar ist, übernehmen Verantwortung, stellen Mittel und Gesetzgebung bereit, eine entsprechende Wirkung tritt ein, und dann steuern wir nach. Dorthin müssen wir kommen, damit dieser Plan nicht nur eine Hülle bleibt, sondern sich weiterentwickeln kann. Dass wir unter diesem Zeitdruck stehen, ist sehr hinderlich. Es liegt mir fern, dem Bundeskanzler Ratschläge zu erteilen, das muss er persönlich entscheiden. Ich finde es aber nach wie vor schädlich, nur weil gerade ein Jubiläum ansteht, einen Plan vorzulegen, bei dem wir wissen, dass beispielsweise unsere Kritikpunkte auch vom RNE geteilt oder ähnlich geäußert werden. Er wird also zunächst auf volle Kritik stoßen. Wir wollten einen guten Plan haben, der auch die Bürger in die Lage versetzt, die Verzahnung mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) wahrzunehmen. Wir müssen unsere Anstrengungen nicht nur fokussieren, sondern auch beschleunigen. Zudem gibt es handwerkliche Mängel: Ich kann dort keine Wirkungsziele herauslesen, die verbindlich sind, einen Handlungsbedarf priorisieren oder verbindlich nachsteuern. Die Krönung ist, dass der

komplette Plan unter Haushaltsvorbehalt steht. Mir als Haushaltspolitikerin braucht man dazu nichts weiter zu sagen. Dann können wir uns das Papier sparen und damit Bäume retten. Das macht mich wütend, einfach wütend. Das hatten wir in unserer Runde bereits so oft. Herr Pinkepank und Herr Dr. Ogrinz haben es zum Schluss auch noch einmal gesagt: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Ich möchte gerne Verantwortung übernehmen und nicht nur in einem Beirat über interessante Themen debattieren, und das war es dann. Ich möchte daraus etwas ableiten. Deshalb mein dringender Appell: Versuchen wir gemeinsam zu erwirken, dass dieser Plan noch einmal verschoben wird, damit wir in der 41. Kalenderwoche unsere Debatte im Plenum vernünftig führen können. Es wäre schädlich, wenn wir uns dann nicht unisono positiv über diesen Plan äußern könnten. Das hielte ich für schädlich für uns alle und für das Thema Nachhaltigkeit, das – wie Herr Pinkepank gesagt hat – unser gesamtes Leben betrifft.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Frau Abg. Vriesema.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem Gesagten kann ich mich anschließen. Wir sind hier nicht die Berater des Bundeskanzlers, aber wenn ich es wäre, würde ich sagen: verschieben, weil man Gefahr läuft, gleich wieder zu scheitern. Ich habe noch einige offene Fragen. Ich weiß nicht, ob sie hier beantwortet werden können, aber mich hätte interessiert: Nach welchen Kriterien sind die Maßnahmen ausgewählt worden? Sie spielen sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen ab. Es heißt, dass bei einzelnen Themen andere Strategien weiterverfolgt werden sollen. Inwiefern, ist sehr unkonkret. Mir fehlt auch die Erklärung, warum bestimmte Themen ausgewählt worden sind, beispielsweise das Thema Einsamkeit junger Menschen als Priorität im Aktionsplan. Warum? Es ist ein wichtiges Thema, aber es gerade als Priorität zu wählen, erschließt sich mir nicht. Dann das, was ich bereits gesagt habe: Es wirkt eher wie ein Katalog, in dem verschiedene Ressorts nebeneinander einige Maßnahmen aufgeschrieben haben, aber nicht stringent. Das ganze Thema Wasser, der Zugang zu Wasser und der Umgang mit Hitze – wir hatten während der Hitzewelle 16 000 Hitzetote – findet keine Erwähnung. Auch das Thema Nachhaltigkeit als Innovations- und Wettbewerbsvorteil findet keinen Platz in diesem Aktionsplan, ebenso wenig der ganze Bereich Bildung. Ich glaube, da muss nachgebessert werden. Mir wäre es, um ehrlich zu sein, unangenehm, wenn der Plan so vorgestellt würde.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Abg. van Beek.

Abg. **Sascha van Beek** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich teile das bisher Gesagte, weil auch für mich noch einige Fragen zum Prozess und zur Priorisierung offen sind. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Die Dinge, die darin stehen, sind gut, aber nicht vollständig. Ich bin jetzt zum ersten Mal in dieser Runde, und es stellt sich die Frage, wie umfassend dieses Papier sein soll. Ich denke, wir haben uns beim ersten Austausch, auch mit Herrn Frei, darauf verständigt, messbare Ziele zu verankern. Den Prozess verstehe ich noch nicht. Man könnte fragen: Hat der Kanzler ausgewählt, oder war es die Entscheidung der Staatssekretärsrunde? Dann muss man wiederum in unsere Häuser hineinfragen. Zum Thema „Zukunft der Arbeit“ gibt es beispielsweise ein gutes Papier, auch der SPD. Warum kommt dazu kein Beitrag des BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)? Oder lief das in dem Prozess anders? Das würde ich gerne verstehen. Wenn ich auf meinen Bereich Gesundheit schaue, ist das Ziel, mehr gesunde Lebensjahre zu ermöglichen, gut, der Ansatz ist mir aber zu schmal. Mein konkreter Änderungsvorschlag wäre, innovative Konzepte wie „Health in All Policies“ stärker zu verankern. Dafür reicht es nicht aus, das in die Federführung des BMG (Bundesministerium für Gesundheit) zu geben, denn es ist eine klare Querschnittsaufgabe, die nicht nur vier Ressorts betrifft, sondern alle. Das ist nur ein Beispiel dafür, wo wir – denke ich – stärker in die Diskussion hätten gehen müssen.

Ich bin eher dafür, sich die Zeit zu nehmen, weil wir für dieses Papier einstehen müssen. Ich möchte ein ambitioniertes Ziel, gerade hier in der Runde, in der wir konstruktiv zusammenarbeiten und das Papier auch als Produkt unseres Beirats und zur Stärkung dieses Beirats sehen wollen. Wenn die Möglichkeit besteht, noch Zeit zu bekommen, sollten wir vielleicht auch eine Runde mit der Kanzleramtsministerin oder mit Herrn Staatssekretär Dr. Semmler durchführen, um die Eingaben, die wir haben – und davon gibt es einige –, konkret einbringen zu können. Mir ist nämlich

nicht klar: Wir haben Missionen geliefert, ich habe hier einen konkreten Änderungsvorschlag, auch mit Wortänderungen. Wie ist der Prozess dazu? Kann ich ihn einsenden, und am Ende wird er abgenickt und für eine nette Idee befunden – dann brauche ich mir die Arbeit nicht zu machen –, oder sind wir tatsächlich auf Augenhöhe in diesen Prozess eingebunden und können dieses Programm mitentwickeln? Ich würde deshalb eher dafür plädieren, uns die Zeit zu nehmen, auch im Interesse dieses Beirats.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das ist also eine Frage an das Kanzleramt. Wenn Sie etwas dazu sagen wollen, haben Sie die Gelegenheit, müssen es aber nicht – das liegt bei Ihnen.

MinR **Dr. Alexander Schmidt-Gernig** (Bundeskanzleramt): Ich nehme gerne Stellung. Die Kritik, dass die Zeit etwas knapp geworden ist, kann ich verstehen. Es waren aber nicht nur 7 Tage, sondern 14 Tage, und wir hatten zudem den ganzen August eingeräumt. Es war aber knapp, das geben wir gerne zu. Wir haben im Abstimmungsprozess der Ressorts versucht, die verschiedenen Missionen so zusammenzuführen, dass idealerweise auch eine Zusammenarbeit der Ressorts möglich ist, und das macht es nicht einfach. Wir haben viele Ideen und Vorschläge aus dem PBnEZ (Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen) diskutiert, und das, was Sie eingebracht haben, wurde in die Ressorts zurückgespiegelt. Ich glaube, an diesem Punkt haben wir versucht, im Ressortkreis noch eine gute Anpassung hinzubekommen. Bestimmte Themen, die im Ressortkreis diskutiert wurden, beispielsweise KI, konnten wir allerdings nicht aufgreifen, weil teilweise die Bereitschaft der Ressorts nicht vorhanden war, sie in den Aktionsplan aufzunehmen. Häufig kam das Argument: „Wir haben so etwas, machen es aber in anderen Strategien und Zusammenhängen“, beispielsweise in der „Hightech Agenda“. Dort steht relativ viel zur KI. Deshalb war der Gedanke, dass sich der Aktionsplan stärker auf die Dinge konzentriert, die in den Lebenswelten wirken sollen, während in anderen Bereichen ergänzende Strategien bestehen, um Doppelungen zu vermeiden.

Wir wollen jetzt sehr gerne weiter Vorschläge aufnehmen. Die Idee war, den Plan kabinettsreif zu machen, um ihn zunächst als Korpus der Missionen festzuschreiben. Im weiteren Prozess soll nun aber – das ist bereits angeklungen – in den Ressorts konsequent an den Maßnahmen und Meilensteinen gearbeitet werden. Im Staatssekretärsausschuss wurde angepeilt, dass diese Missionen bis zum Ende des Jahres mit sehr konkreten Maßnahmen und Meilensteinen versehen werden, sodass klar wird, wie wir bis zum Ende der Legislaturperiode konkrete Umsetzungen hinbekommen. Das war auch der Gedanke hinter dem Zeitdruck: Wir müssen möglichst bald zu einem Ergebnis kommen, um in die Umsetzung gehen zu können, statt zu viel Zeit auf das Konzept zu verwenden. Deshalb konnten wir nicht alle Themen aufgreifen, die sicherlich wichtig gewesen wären. Wir sind aber weiter dran. Durch den Beteiligungsprozess haben wir beispielsweise eine weitere Mission integriert, das Bildungsthema: Bildung für nachhaltige Entwicklung ist durch den Beteiligungsprozess hinzugekommen. Wir haben uns bei den Ressorts sehr bemüht, da noch etwas zu erreichen, und das war in diesem Fall erfolgreich. Wir haben jetzt 20 Missionen. Im Beteiligungsprozess hatten wir fast 80 Stellungnahmen, auch aus der Zivilgesellschaft. Wir haben versucht, alle auszuwerten, sie, wo es ging, aufzugreifen und in die Ressorts zurückzuspiegeln, mit der Bitte, das Konstruktive aufzunehmen. Das ist zum Teil gelungen, vielleicht nicht überall. So viel zum Verfahren und zur Einordnung.

Die Verzahnung mit der DNS war ein wichtiger Punkt. Die DNS ist weiterhin wichtig und bleibt ein Leitfaden. Der Aktionsplan sollte aber gerade den Fokus auf eine stärkere Handlungsorientierung, auf die Lebenswelten der Menschen und auf die Relevanz für die Unternehmen legen. Ich hoffe, dass das über weite Strecken gelungen ist. Wie gesagt, der Gedanke ist ein lernendes Programm, das im Austausch mit den Kommunen und Ländern weiterentwickelt wird. Herr Staatssekretär Dr. Semmler hat beispielsweise auch die Länder dazu informiert und um Beiträge gebeten. Bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung spielen die Länder eine große Rolle. So viel kurz zur Einordnung, wie wir den Prozess zu gestalten versucht haben.

Die Prioritäten – das war noch eine Frage – haben sich auch daraus ergeben, was die Ressorts selbst

als Priorität gesetzt haben. Das ist deren Entscheidung. Das KI-Thema haben wir beispielsweise intensiv diskutiert, auch zwischen den Ressorts, aber es hat bislang jedenfalls keine Federführung dafür gegeben. Wir sind aber weiter dran. Die Idee ist – das fand ich heute mit den Ausführungen zu KI noch einmal sehr spannend – nicht völlig aufgegeben. So viel zunächst.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Frau Abg. Michel.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe noch einige Nachfragen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Parlamentarische Beirat auch in den künftigen Prozess einbezogen wird? Das ist die erste Frage. Zweitens: Liegt uns tatsächlich die aktuelle Fassung vor? Ich habe mit meinem Schreiben Änderungsvorschläge unterbreitet, aber bis heute keine Rückmeldung, ob sie eingeflossen sind. Gibt es also eine neue Fassung, die wir möglicherweise nicht haben? Schließlich treibt mich um und kritisiere ich, dass ich aus diesem Aktionsplan keine echten Aktionen ableiten kann und nicht erkennen kann, was passiert, wenn wir dieses Könnte, Sollte, Hätte nicht erreichen. So, wie er sich liest, ist er für mich nicht mehr und nicht weniger als eine Absichtserklärung unter Haushaltsvorbehalt, und das ist mir zu wenig.

MinR **Dr. Alexander Schmidt-Gernig** (Bundeskanzleramt): Danke für den Hinweis. Den PBnEZ unbedingt einzubinden, war ein sehr starkes Anliegen von Herrn Staatssekretär Dr. Semmler und – glaube ich – auch unserer neuen Leitung. Dem diente auch die Veranstaltung am 6. Mai 2026, bei der wir das Werkstattgespräch durchgeführt haben und bei der es darum ging, einen ersten Aufschlag zu machen. Was die aktuelle Fassung betrifft, kann es sein, dass sie noch nicht veröffentlicht oder vorgestellt werden konnte, weil wir erst jetzt einen Beschluss des Staatssekretärsausschusses hatten, in den Dinge eingeflossen sind, und weil die Kabinettsbefassung noch aussteht. Zu den Aktionen: Die Missionen sind zum Teil noch sehr allgemein formuliert, das ist zweifelsohne so. Der nächste Schritt ist jedoch, konkret in die Erarbeitung von Maßnahmen einzusteigen. Diese sollen mit Meilensteinen hinterlegt und messbar werden oder in der Umsetzung idealerweise so konkretisiert werden, dass man sagen kann: Bis dann und dann wollen wir das und das erreicht haben. Der Aktionsplan, wie er jetzt vorliegt, ist zunächst ein allgemeines Papier mit der Beschreibung der Missionen. Ihm soll aber eine sehr viel konkretere Ausgestaltung folgen. Dafür wollen wir mit einem Werkzeug ähnlich wie bei der „Modernisierungsagenda Bund“ arbeiten und versuchen, sehr viel konkreter in die Umsetzung zu kommen. Das ist der nächste Schritt, und das meinen wir mit dem lernenden Programm: Die Missionen werden im Kabinett zunächst festgeschrieben, aber sowohl auf der Missionsebene als auch bei den Maßnahmen und den einzelnen Meilensteinen bleibt es ein lebendiges Dokument, ein lernendes Programm, bei dem wir gerne Impulse von außen aufgreifen möchten, auch im Austausch mit den Kommunen.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Danke. Noch eine kurze Nachfrage: Ich stelle mir gerade vor, dass dieser Plan, zu dem Sie sagen, es kämen noch weitere Schritte und er werde noch ausbuchstabiert, jetzt das Licht der Welt erblickt. Die Menschen lesen ihn, haben aber unser Hintergrundwissen nicht. Was wollen Sie mit diesem Plan, wie er jetzt vorliegt, bei den Menschen erreichen?

MinR **Dr. Alexander Schmidt-Gernig** (Bundeskanzleramt): Der Plan als solcher ist vielleicht noch nicht so – – Ich hoffe, dass er etwas lesbarer, konkreter und schlanker werden kann als bisher die DNS, die manchmal etwas abstrakter war. Wir werden aber auf jeden Fall versuchen, ihn mit publizistischen Formaten und Beteiligungsformaten stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Das wird ein nächster Schritt sein, der gerade Herrn Staatssekretär Dr. Semmler sehr wichtig ist: dass wir Begleitformate schaffen, den Plan mit der Zivilgesellschaft intensiver diskutieren und Dialogformate entwickeln. Für Vorschläge dazu sind wir sehr offen. Die gesamte Frage der Kommunikation ist ein weiterer Schritt. Der Plan selbst ist vielleicht etwas technisch, das stimmt.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Frau Abg. Vriesema.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage zu Ihrem ersten Wortbeitrag. Vielleicht habe ich es falsch verstanden, aber es wirkte so, als wäre der Inhalt des jetzigen Aktionsplans – soweit wir den

aktuellen Stand haben – eine Zusammenstellung der Ministerien, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema befassen. Ich hatte es so verstanden, dass es sich um einen prioritätensetzenden Aktionsplan aus dem Kanzleramt heraus handelt und nicht um einen der einzelnen Ministerien. Habe ich das falsch verstanden, oder ist es doch so?

MinR **Dr. Alexander Schmidt-Gernig** (Bundeskanzleramt): Nein. Wir hatten den Kabinettsbeschluss, der fünf Handlungsfelder festgelegt hat. In diesen fünf Handlungsfeldern war die Idee, dass die Missionen aus dem Kreis der Ressorts entwickelt werden. Ein besonderer Akzent ist – glaube ich – die stark ressortübergreifende Zusammenarbeit an den Missionen. Das ist nicht das übliche Verfahren. Deshalb war der Gedanke: Wo gibt es Punkte und interessante Schnittstellen für die Zusammenarbeit der Ressorts, die für das Nachhaltigkeitsthema besonders wichtig sind? Der Hinweis auf die gesunden Lebensjahre ist – glaube ich – ein Beispiel, an dem man das sehr gut sehen kann. „Health in All Policies“ war dabei in der Tat ein wichtiger Punkt. Ich habe früher im BMG gearbeitet und kenne das Thema sehr gut. Diese Nachhaltigkeitsproblematik ist in den einzelnen Ressortlogiken nicht allein abbildbar. Genau deshalb haben wir vorher beispielsweise zwei Workshops mit strategischer Vorausschau auf Fachebene durchgeführt, um zu identifizieren, wo an den Schnittstellen zwischen den Ressorts besonders wichtige Themen liegen, und diese stärker in den Fokus zu rücken. Koordiniert haben wir das im Kanzleramt. Die Ressorts haben aber, gerade weil sich jedes Ressort für mindestens eine Mission federführend entschieden hat, die Umsetzungskompetenz und sollen diese Maßnahmen gemeinsam mit anderen Ressorts konkret umsetzen. Wie gesagt, der Rahmen sind die fünf Handlungsfelder, die beschlossen worden sind, und so war auch der Aktionsplan formuliert, als Handlungsplan.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich glaube, es wird deutlich, dass das kein einfacher, sich selbst dynamisierender Prozess ist, gerade so, wie Sie die Interessenlage zwischen den Häusern geschildert haben. Ich sehe aber trotzdem sehr viel Engagement auf Ebene des Bundeskanzleramts, hier etwas in Bewegung zu bringen, zusammenzustellen und tatsächlich auf der Handlungsebene voranzukommen. Das finde ich für sich genommen sehr positiv. Herr Abg. van Beek hat ebenfalls gesagt, dass alles, was darin steht, richtig ist. Man kann nur darüber reden, dass der eine oder andere Aspekt fehlt. So etwas zu ergänzen, ist immer möglich, und die Bereitschaft dazu sehe ich hier auch. Vielleicht sollten wir es für heute an diesem Punkt belassen. Es ist und bleibt der Aktionsplan der Regierung. Wir können nicht den Anspruch erheben, nach dem Motto „Streiche dies, ersetze das“ vorzugehen. Ich habe herausgehört – auch wenn ich es zugegebenermaßen noch nicht in einer Textfassung nachvollziehen kann –, dass beispielsweise „Health in All Policies“ oder Punkte von Frau Abg. Dr. Lübcke und Frau Abg. Michel tatsächlich aufgegriffen worden sind. Die Bereitschaft dazu habe ich bei Ihnen jedenfalls herausgehört. Deshalb würde ich sagen, wir gehen auf die Zeitschiene und bleiben weiterhin in engem Kontakt. Wir würden auch gerne Frau Bundesministerin Warken dazu noch einmal treffen, um ihr Rückenwind für dieses Thema zu geben und zu sagen, dass wir die Chancen sehen, gerade ressortübergreifend das größere Bild in den Blick zu nehmen und die Handlungsebene für die Bürger neu zu definieren, also das nicht nur an die Politik gerichtet zu betrachten, sondern zu schauen, wie es in der Lebenswirklichkeit wahrnehmbar werden kann.

Wenn die Regierung das auf ihre Weise handhabt und wir es gerne anders hätten, gestalten wir es selbst unter dem Label Beirat. Wir können einen Beschluss zusammenstellen. Das muss gar nicht konfrontativ sein. Wir können auf unserer Ebene Ideen sammeln und diese dann gerne zur Verfügung stellen. Das heißt nicht, dass wir ein Urheberrecht oder Monopol darauf erheben, sondern wir suchen alle nach den besten gemeinsamen Lösungen. Das will ich damit sagen: Wir sind nicht darauf angewiesen, dass unsere Ideen irgendwann im hochoffiziellen Aktionsplan der Regierung landen, sondern wir sind jederzeit selbst sprechfähig. Es ist gute Übung dieses Beirats, mindestens einmal in der Legislaturperiode – gerne aber auch öfter, wir sind darin frei – selbst Themen aufzugreifen und Beschlüsse zu fassen. Das weiß Herr Abg. Kleebank sehr gut. Wir sollten das also nicht gegeneinanderstellen. Jeder, der eine gute Idee hat: her damit. Wir bringen sie in das entsprechende Format, sodass sie sich in den Gesetzen, in den Haushaltsentscheidungen und in den Prioritäten widerspiegelt, die wir in diesem

Beirat und in unseren Fachausschüssen setzen. Das wäre mein Ausblick für die nächste Zeit. Frau Abg. Michel hat noch einmal das Wort.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Mir wäre sehr wichtig, dass wir das, was Sie uns als künftigen Prozess skizziert haben, noch einmal bestätigt bekommen, damit wir wissen, welche Aufgabe uns zusteht. Wir sind ein Beirat, der berät und – außer dass wir uns öffentlich äußern können – keinerlei Handlungsbefugnis hat. Wir sind ein Beirat und kein Ausschuss. Ich bewundere Ihren Optimismus, Frau Vorsitzende, was wir alles können. Tatsächlich können wir das alles nicht, siehe unsere „tollen" Prüfbitten zu Gesetzen. Wir haben nicht die Schlagkraft, würden unsere Kompetenz aber gerne nicht verpuffen lassen, sondern in den Auftrag einfließen lassen. Es wäre gut, wenn man unsere Ideen aufnehmen würde. Ich kann jetzt noch nicht sagen, wie wir künftig damit umgehen. Ich werde jedenfalls nicht hinausgehen und loben, dass alles bereits sehr gut sei. Ich finde das auch hinderlich für unsere Debatte in der 41. Kalenderwoche. Das ist für mich ein kleiner schwarzer Fleck. Vielleicht gelingt es bis dahin, dass Sie uns eine Brücke bauen, wie wir künftig damit umgehen können. Da bin ich wieder bei Ihnen, Frau Vorsitzende: Es nützt uns überhaupt nichts, uns auseinanderdividieren zu lassen, dazu ist uns allen das Thema zu wichtig. Wir würden hier zu dieser Stunde nicht so vehement streiten, wenn uns dieses Thema nicht wichtig wäre. Es ist so wichtig, und deshalb mein Appell: Binden Sie uns ein, nicht als Anhängsel, sondern auf Augenhöhe, wenn das möglich ist, damit wir uns einbringen können.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Abg. van Beek noch einmal.

Abg. **Sascha van Beek** (CDU/CSU): Nur eine konkrete technische Frage: Wenn wir jetzt Eingaben haben, laufen diese weiter über das Sekretariat hier und werden dann gebündelt an das Kanzleramt weitergeleitet? Meine Eingaben habe ich bereits eingereicht. Wir müssen sie nicht noch einmal direkt dorthin leiten? Ich bin mir sicher, dass sie ankommen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das ist auf jeden Fall der richtige Weg, der aber noch keine weiteren Garantien enthält. Dafür gibt es auch keine Frist und kein Limit, sondern wir haben das als offenen Prozess verstanden. In diese Richtung hatte ich beispielsweise gedacht: an ein gutes Konzept für eine App, die es den Menschen in ihrem konkreten Leben erleichtert, CO2-bewusster, ernährungsbewusster oder wie auch immer zu leben. Es gibt beispielsweise auch eine App des Umweltbundesamtes, die man noch stärken könnte. In Bonn gab es – glaube ich – unter der Überschrift „NAT" einen Versuch, bei dem Menschen Push-Nachrichten bekommen haben, wenn es günstig und netzdienlich war, die Waschmaschine anzustellen, den Akku zu laden und dergleichen. Das hatte einen messbaren Effekt, selbst unter denen, die keinen Smart Meter und keinen entsprechenden eigenen Vertrag haben, die das also ohne eigenen finanziellen Nutzen tun. Allein zu wissen, dass es jetzt sinnvoll ist, damit Deutschland nicht so viele negative Preise bezahlen muss, hat eine Wirkung. Es geht also darum, den Menschen zu helfen, in ihrem Alltag so zu entscheiden, dass es unter Nachhaltigkeitsaspekten sinnvoll ist. Das wäre nur eine Idee. Wenn Ihnen solche Ideen kommen, können sie jederzeit gesammelt werden und entweder in das Werk der Regierung einfließen oder in den Beschluss, den wir mit Sicherheit auch selbst noch fassen werden. Guten Ideen sind also keine Grenzen gesetzt. Dann würde ich sagen, wir verfahren so, überlassen den Aktionsplan bis zur Kabinettsbefassung der Regierung und bleiben darüber in gutem Austausch. Damit ist auch das geklärt.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich rufe den Tagesordnungspunkt Verschiedenes auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19:28 Uhr

gez.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB
Vorsitzende

Verweise auf PowerPoint-Präsentationen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Dr. Andreas Ogrinz
A-Drs. 21(26)58